

**Protokoll der Bürgersprechstunde mit Herrn Wirtschaftsdezernent Gerold Leppa im Stadtbezirk 131 - Innenstadt am Mittwoch, 3. Februar 2016, 17:00 Uhr bis 17:40 Uhr, im Rathaus-Altbau, Raum A1.63**

Teilnehmerzahl: 5 Personen (+ 1 Mitglied des Stadtbezirksrates Innenstadt)

Frau stellv. Bezirksbürgermeisterin Georgi begrüßt die Gäste und bedankt sich bei der Verwaltung für die Durchführung der Bürgersprechstunde im Stadtbezirk Innenstadt. Anschließend begrüßt Herr Wirtschaftsdezernent Leppa ebenfalls die Gäste und stellt sich und die Verwaltungsvertreter vor. Nach einigen einführenden Worten zum Ablauf bittet er um Wortmeldungen:

1. Geschwindigkeitsbegrenzung „30 km/h“ für die Wilhelmstraße

Ein Ehepaar spricht die verkehrliche Situation auf der neu ausgebauten Wilhelmstraße an. Bei den von der Verwaltung für die Anwohner durchgeführten Informationsveranstaltungen wurde in Aussicht gestellt, dass nach dem Ausbau eine Geschwindigkeitsbegrenzung für die Wilhelmstraße auf 30 km/h eingerichtet wird. Dies ist allerdings nur für den Abschnitt bis zur Fallersleber Straße geschehen. Für den Bereich bis zum Wendentor ist keine Geschwindigkeitsbegrenzung eingerichtet, so dass nach Ansicht der Eheleute im Verlauf der Wilhelmstraße (ab der Linkskurve in Höhe der Landesschulbehörde) eine große Gefahrenquelle besteht. Insbesondere beim Verlassen von Grundstücken bzw. beim Ausparken ist mit einer hohen Unfallgefahr durch den mit hoher Geschwindigkeit durchfahrenden Verkehr zu rechnen.

Herr Benscheidt führt zunächst aus, dass der Verwaltung die dargestellte Situation in der Wilhelmstraße bereits von mehreren Seiten mitgeteilt worden ist. Da die Einrichtung einer „30-er Strecke“ nicht ohne weiteres möglich ist, erläutert er kurz, dass streckenbezogene Geschwindigkeitsbeschränkungen auf 30 km immer einen Bezug zur Gefahr benötigen und keinen Bezug zur Verkehrsführung haben dürfen. Es muss aufgrund der besonderen örtlichen Verhältnisse eine Gefahrenlage bestehen, die erheblich höher ist als auf vergleichbaren Straßen. Ein Indikator für diese Gefahrenlage ist nicht die empfundene Gefahr, sie muss konkret vorliegen (z. B. Unfallschwerpunkt aufgrund hoher Geschwindigkeit). Darüber hinaus weist er darauf hin, dass für alle Verkehrsteilnehmer die Straßenverkehrsordnung zu beachten ist, wonach die Teilnahme am Straßenverkehr eine ständige Vorsicht und gegenseitige Rücksichtnahme erfordert und die Geschwindigkeit den besonderen örtlichen Verhältnissen anzupassen ist. Die Verwaltung wird aber dennoch prüfen, ob eine verdeckte Geschwindigkeitsmessung durchgeführt werden kann, um daraus eventuelle Maßnahmen ableiten zu können.

## 2. Radfahren auf dem Fußweg Wendenstraße

Ein Ehepaar (siehe 1.) beklagt das „gefährliche“ Fahrradfahren auf dem Gehweg Wendenstraße zwischen Kaiserstraße und Fallersleber Straße in Süd-Nord-Richtung. Nach Ausbau der Wendenstraße und Einrichtung der neuen Stadtbahnhaltestelle in Höhe des Grundstücks Wendenstraße 51 hat sich die beschriebene Situation verschärft, da hier der zur Verfügung stehende öffentliche Raum stark eingeschränkt wurde. Eine Kontaktaufnahme mit der Verwaltung hat bisher zu keiner befriedigenden Lösung geführt. Die Eheleute bitten um Prüfung, mit welchen Maßnahmen (z. B. Aufstellen von Schildern) Abhilfe geschaffen werden kann.

Herr Benscheidt zeigt Verständnis für die vorgebrachte Klage, da die missbräuchliche Nutzung von Gehwegen durch Fahrradfahrer leider an vielen Stellen im Stadtgebiet festzustellen ist. Offensichtlich gibt es bei vielen Fahrradfahrern hierfür kein Unrechtsbewusstsein. Er hält daher die Aufstellung eines Schildes für wenig hilfreich. Die Verwaltung wird diese Problematik im Auge behalten, sieht aber derzeit keine vernünftige Lösung für die Wendenstraße. Wie bereits an anderen Stellen im Stadtgebiet praktiziert, wird die Polizei einen entsprechenden Hinweis erhalten, um häufiger vor Ort präsent zu sein.

Ein Bürger (siehe 3.) bestätigt auch für sein Wohnumfeld Petritorwall, dass Gehwege häufig von Fahrradfahrern unberechtigt genutzt werden.

## 3. Vermarktung des „Braunschweiger Kulturerbelandes“

Ein Bürger äußert gegenüber Herrn Wirtschaftsdezernent Leppa den Wunsch, sich für einen Reiseführer zum „Braunschweiger Kulturerbeland“ unter Beteiligung von weiteren Kommunen der Region einzusetzen. Durch einen entsprechenden Reiseführer könnte die Region Braunschweig - und insbesondere die Stadt Braunschweig – bekannter gemacht und somit eine Steigerung der Übernachtungszahlen erzielt werden. Er schlägt vor, dass auch die Aufnahme in die TV-Sendung „Wunderschön“ des WDR, die auch von anderen Landessendern ausgestrahlt wird, äußerst hilfreich für eine Vermarktung wäre und somit angestrebt werden sollte.

Abschließend weist der Bürger auf das nationale Alleinstellungsmerkmal „landschaftsplanerisch gestalteter, arkadisch anmutender Wallring um die Innenstadt“ hin, und bittet auch hier, sich um eine bessere Vermarktung zu kümmern.

Herr Leppa weist zunächst darauf hin, dass im September 2016 ein MERIAN-Heft über Braunschweig erscheinen wird. Darüber hinaus gibt es bereits ein MERIAN-Heft „Zeitor-te“, das viel Sehenswertes aus dem Braunschweiger Land beinhaltet. Anschließend sagt er eine Prüfung der formulierten Vermarktungswünsche und eine schnellstmögliche Rückmeldung an den Bürger zu.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Herr Wirtschaftsdezernent Leppa die Bürgersprechstunde und bedankt sich bei allen Beteiligten.

gez. Rüscher  
Protokollführer